



Nähere Angaben zur Bank sind im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ enthalten.

Bedingungen für den Lastschriftinzug

Für den Einzug von Forderungen des Kunden als Zahlungsempfänger mittels Lastschrift gelten folgende Bedingungen.

1 Allgemein

1.1 Begriffsbestimmung

Eine Lastschrift ist ein vom Kunden als Zahlungsempfänger ausgelöster Zahlungsvorgang zu Lasten des Kontos des Zahlers bei dessen Zahlungsdienstleister, bei dem die Höhe des jeweiligen Zahlungsbetrags vom Kunden angegeben wird.

1.2 Einreichungsfristen

Lastschriften sind vom Kunden innerhalb der in Anlage A geregelten Fristen bei der Bank einzureichen.

1.3 Entgelte und deren Änderung

1.3.1 Entgeltvereinbarung

Die Entgelte für den Einzug von Lastschriften ergeben sich aus der Lastschriftinkassovereinbarung, soweit nicht anderweitig vereinbart.

1.3.2 Änderungen der Entgelte für Verbraucher

Änderungen der Entgelte werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart, können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt. Eine Vereinbarung über die Änderung eines Entgelts, das auf eine über die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Kunden gerichtet ist, kann die Bank mit dem Kunden nur ausdrücklich treffen.

Die Änderung von Entgelten für den Zahlungsdienstleistungsvertrag (Girovertrag) richtet sich nach Nummer 12 Absatz 5 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

1.3.3 Änderungen der Entgelte für Kunden, die keine Verbraucher sind

Bei Änderungen der Entgelte für Kunden, die keine Verbraucher sind, verbleibt es bei den Regelungen in Nummer 12 Absätze 2 bis 6 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

1.3.4 Abzug von Entgelten von der Lastschriftgutschrift

Die Bank darf die ihr zustehenden Entgelte von dem gutzuschreibenden Lastschriftbetrag abziehen.

1.4 Unterrichtung

Die Bank unterrichtet den Kunden mindestens einmal monatlich über die Ausführung von Lastschriftinkassoaufträgen und Lastschriftrückgaben auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg. Mit Kunden, die keine Verbraucher sind, kann die Art und Weise sowie die zeitliche Folge der Unterrichtung gesondert vereinbart werden. Bei Kunden, die keine Verbraucher sind, werden bei Sammelgutschriften von Lastschritteinzügen nicht die einzelnen Zahlungsvorgänge ausgewiesen, sondern nur der Gesamtbetrag.

1.5 Erstattungs- und Schadensersatzansprüche des Kunden

1.5.1 Unterrichtungspflicht des Kunden

Der Kunde hat die Bank unverzüglich nach Feststellung fehlerhaft ausgeführter Lastschritteinzüge zu unterrichten.

1.5.2 Ansprüche bei einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung eines Lastschriftinkassoauftrags durch die Bank und bei verspätetem Eingang des Lastschriftbetrags

- (1) Im Fall einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung eines Lastschriftinkassoauftrags durch die Bank kann der Kunde verlangen, dass die Bank diesen unverzüglich, gegebenenfalls erneut, an den Zahlungsdienstleister des Zahlers übermittelt.

- (2) Der Kunde kann über den Anspruch nach Absatz 1 hinaus von der Bank die Erstattung derjenigen Entgelte und Zinsen verlangen, die die Bank ihm im Zusammenhang mit der nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung eines Lastschriftinkassoauftrags in Rechnung gestellt oder mit denen sie das Konto des Kunden belastet hat.
- (3) Ist der Lastschriftbetrag lediglich verspätet bei der Bank eingegangen, kann der Kunde von der Bank im Rahmen des § 675y Absatz 4 BGB verlangen, dass sie die Gutschrift des Lastschriftbetrags auf dem Konto des Kunden so vornimmt, als sei der Zahlungsvorgang ordnungsgemäß ausgeführt worden.

1.5.3 Schadensersatz bei Pflichtverletzung

- (1) Bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung eines Lastschriftinkassoauftrags kann der Kunde von der Bank den Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verlangen. Dies gilt nicht, wenn die Bank die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
- (2) Soweit es sich bei dem Kunden nicht um einen Verbraucher handelt, ist die Haftung der Bank für Schäden der Höhe nach auf den Lastschriftbetrag begrenzt. Soweit es sich hierbei um Folgeschäden handelt, ist die Haftung zusätzlich auf höchstens 12.500 Euro je Zahlung begrenzt. Diese Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Bank und für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat.

1.5.4 Haftungs- und Einwendungsausschluss

Ansprüche des Kunden nach Nummer 1.5.2 und Einwendungen des Kunden gegen die Bank aufgrund nicht oder fehlerhaft ausgeführter Inkassoaufträge sind ausgeschlossen, wenn der Kunde die Bank nicht spätestens 13 Monate nach dem Tag der Buchung mit einem fehlerhaft ausgeführten Inkassovorgang hiervon unterrichtet hat. Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn die Bank den Kunden über den Vorgang entsprechend dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg spätestens innerhalb eines Monats nach der Buchung unterrichtet hat; anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich.

1.6 Sonstige Sonderregelung mit Kunden, die keine Verbraucher sind

- (1) Bei Kunden, die keine Verbraucher sind, gelten § 675d Absatz 1, Absätze 3 bis 5 (Informationspflichten) und § 675f Absatz 5 Satz 2 (Auslagen und Entgelte für die Erfüllung von Nebenpflichten) des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht.
- (2) Die Mindestkündigungsfrist von zwei Monaten in Nummer 19 Absatz 1 Satz 3 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen gilt nicht für die Inkassovereinbarung mit Kunden, die keine Verbraucher sind.

1.7 Zurverfügungstellung von Kopien der Lastschriftmandate

Auf Anforderung hat der Kunde der Bank innerhalb von sieben Geschäftstagen Kopien der Einzugsermächtigung, des SEPA-Lastschriftmandats beziehungsweise des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats und gegebenenfalls weitere Informationen zu den eingereichten Lastschriften zur Verfügung zu stellen.

2 SEPA-Basislastschrift

2.1 Wesentliche Merkmale des SEPA-Basislastschriftverfahrens

Das SEPA-Basislastschriftverfahren richtet sich nach dem „SEPA Core Direct Debit Scheme Rulebook“ des European Payments Council.

Mit dem SEPA-Basislastschriftverfahren kann ein Zahler über seinen Zahlungsdienstleister an den Zahlungsempfänger Zahlungen in Euro innerhalb des Gebiets des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums („Single Euro Payments Area“, SEPA)¹ bewirken.

Für die Ausführung von Zahlungen mittels SEPA-Basislastschriften muss der Zahler vor dem Zahlungsvorgang dem Zahlungsempfänger das SEPA-Lastschriftmandat (siehe Nummer 2.4) erteilen.

Der Kunde als Zahlungsempfänger löst den jeweiligen Zahlungsvorgang aus, indem er über die Bank dem Zahlungsdienstleister des Zahlers die Lastschriften vorlegt.

Der Zahler kann bei einer autorisierten Zahlung aufgrund einer SEPA-Basislastschrift binnen einer Frist von acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastungsbuchung auf seinem Konto von seinem Zahlungsdienstleister die Erstattung des belasteten Lastschriftbetrags ohne Angabe von Gründen verlangen. Dies führt zu einer Rückgängigmachung der Gutschrift auf dem Konto des Kunden als Zahlungsempfänger.

2.2 Kundenkennungen

Für das Verfahren hat der Kunde

- die ihm von der Bank erteilte IBAN – und bei grenzüberschreitenden Lastschrifteinzügen in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums² zusätzlich den BIC der Bank – als seine Kundenkennung sowie
- die ihm vom Zahler mitgeteilte IBAN – und bei grenzüberschreitenden Lastschrifteinzügen in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums³ zusätzlich den BIC des Zahlungsdienstleisters des Zahlers – als die Kundenkennung des Zahlers zu verwenden.

Die Bank ist berechtigt, den Einzug der Lastschriften ausschließlich auf Grundlage der ihr übermittelten Kundenkennungen durchzuführen.

2.3 Übermittlung von Lastschriftdaten

Bei SEPA-Basislastschriften können die Lastschriftdaten auch über das Nachrichtenübermittlungssystem der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) mit Sitz in Belgien und Rechenzentren in der Europäischen Union, in der Schweiz und in den USA weitergeleitet werden.

2.4 SEPA-Lastschriftmandat

2.4.1 Erteilung des SEPA-Lastschriftmandats (SEPA Direct Debit Mandate)

Der Kunde muss vor Einreichung von SEPA-Basislastschriften vom Zahler ein SEPA-Lastschriftmandat einholen. In dem SEPA-Lastschriftmandat müssen die folgenden Erklärungen des Zahlers enthalten sein:

- Ermächtigung des Kunden durch den Zahler, Zahlungen vom Konto des Zahlers mittels SEPA-Basislastschrift einzuziehen, und
- Weisung des Zahlers an seinen Zahlungsdienstleister, die vom Kunden auf das Konto des Zahlers gezogenen SEPA-Basislastschriften einzulösen.

Der Kunde muss hierzu den als Anlage B.1 beigefügten Text oder einen inhaltsgleichen Text in einer Amtssprache der in Anlage D genannten Staaten und Gebiete gemäß den Vorgaben des European Payments Council (siehe: www.europeanpaymentscouncil.eu) verwenden.

Zusätzlich müssen folgende Angaben im Mandat enthalten sein:

- Name des Kunden, seine Adresse und seine Gläubiger-Identifikationsnummer (diese wird für in Deutschland ansässige Kunden von der Deutschen Bundesbank vergeben, siehe <http://glaebiger-id.bundesbank.de>),
- Angabe, ob das Mandat für wiederkehrende Zahlungen oder eine einmalige Zahlung gegeben wird,
- Name des Zahlers oder Bezeichnung gemäß Anlage C Nummer 2,
- Kundenkennung des Zahlers (siehe Nummer 2.2),
- Zeichnung durch den Zahler sowie
- Datum der Zeichnung durch den Zahler.

Die vom Kunden individuell vergebene Mandatsreferenz

- bezeichnet in Verbindung mit der Gläubiger-Identifikationsnummer das jeweilige Mandat eindeutig,
- ist bis zu 35 alphanumerische Stellen lang und
- kann bereits im Mandat enthalten sein oder muss dem Zahler nachträglich bekannt gegeben werden.

Über die genannten Daten hinaus kann das SEPA-Lastschriftmandat zusätzliche Angaben enthalten.

2.4.2 Einzugsermächtigung als SEPA-Lastschriftmandat

- (1) Der Kunde kann eine vor dem 1. Februar 2014 erteilte Einzugsermächtigung als SEPA-Lastschriftmandat nutzen. Dazu müssen die folgenden Voraussetzungen vorliegen:
 - Der Zahler hat dem Kunden als Zahlungsempfänger eine schriftliche Einzugsermächtigung erteilt, mit der er den Zahlungsempfänger ermächtigt, Zahlungen von seinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
 - Der Zahler und dessen Zahlungsdienstleister haben vereinbart, dass
 - der Zahler mit der Einzugsermächtigung zugleich seinen Zahlungsdienstleister anweist, die vom Zahlungsempfänger auf sein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen, und
 - diese Einzugsermächtigung als SEPA-Lastschriftmandat genutzt werden kann.
- (2) Die Einzugsermächtigung muss folgende Autorisierungsdaten enthalten:
 - Bezeichnung des Zahlungsempfängers,
 - Bezeichnung des Zahlers,
 - Kundenkennung nach Nummer 2.2 oder Kontonummer und Bankleitzahl des Zahlers.Über die Autorisierungsdaten hinaus kann die Einzugsermächtigung zusätzliche Angaben enthalten.
- (3) Vor dem ersten SEPA-Basislastschrifteinzug hat der Kunde den Zahler über den Wechsel vom Einzug per Einzugsermächtigungslastschrift auf den Einzug per SEPA-Basislastschrift unter Angabe von Gläubiger-Identifikationsnummer und Mandatsreferenz in Textform zu unterrichten. Auf Nachfrage der Bank hat der Kunde die Unterrichtung des Zahlers nach Satz 1 in geeigneter Weise nachzuweisen.
- (4) Die erste SEPA-Basislastschrift, die nach dem Wechsel von der Einzugsermächtigungslastschrift erfolgt, wird als Erstlastschrift gekennzeichnet. Im Datensatz der eingereichten Lastschriften ist als Datum der Unterschrift des Zahlers das Datum der Unterrichtung des Zahlers nach Absatz 3 anzugeben.

2.4.3 Aufbewahrungspflicht

Der Kunde ist verpflichtet, das vom Zahler erteilte SEPA-Lastschriftmandat – einschließlich Änderungen – in der gesetzlich vorgegebenen Form aufzubewahren. Nach Erlöschen des Mandats ist dieses noch für einen Zeitraum von mindestens 14 Monaten, gerechnet vom Einreichungsdatum der letzten eingezogenen Lastschrift, aufzubewahren.

2.4.4 Widerruf des SEPA-Lastschriftmandats durch einen Zahler

Widerruft ein Zahler gegenüber dem Kunden ein SEPA-Lastschriftmandat, darf der Kunde keine weiteren SEPA-Basislastschriften mehr auf Grundlage dieses SEPA-Lastschriftmandats einziehen.

Erhält der Kunde eine SEPA-Basislastschrift mit dem Rückgabegrund „no mandate/unauthorised transaction“ zurück, teilt der Zahlungsdienstleister des Zahlers damit dem Kunden mit, dass der Zahler das dem Kunden erteilte SEPA-Lastschriftmandat widerrufen hat. Der Kunde darf dann keine weiteren SEPA-Basislastschriften mehr auf Grundlage dieses SEPA-Lastschriftmandats einziehen.

2.5 Ankündigung des SEPA-Basislastschrift-Einzugs

Der Kunde hat dem Zahler spätestens 14 Kalendertage vor der Fälligkeit der SEPA-Basislastschrift-Zahlung den SEPA-Basislastschrift-Einzug anzukündigen (z. B. durch Rechnungsstellung); Kunde und Zahler können auch eine andere Frist vereinbaren. Bei wiederkehrenden Lastschriften mit gleichen Lastschriftbeträgen genügen eine einmalige Unterrichtung des Zahlers vor dem ersten Lastschrifteinzug und die Angabe der Fälligkeitstermine.

2.6 Einreichung der SEPA-Basislastschrift

- (1) Das vom Zahler erteilte SEPA-Lastschriftmandat verbleibt beim Kunden als Zahlungsempfänger. Dieser übernimmt die Autorisierungsdaten und etwaige zusätzliche Angaben in den Datensatz zur Einziehung von SEPA-Basislastschriften. Der jeweilige Lastschriftbetrag und der Fälligkeitstag der Lastschriftzahlung werden vom Kunden angegeben. Wird die SEPA-Basislastschrift auf ein Konto des Zahlers außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums⁴ gezogen, ist im Datensatz zusätzlich die Anschrift des Zahlers anzugeben.

¹Liste der zum Europäischen Wirtschaftsraum gehörenden Staaten und Gebiete siehe Anlage D.

²Liste der zum Europäischen Wirtschaftsraum gehörenden Staaten und Gebiete siehe Anlage D.

³Liste der zum Europäischen Wirtschaftsraum gehörenden Staaten und Gebiete siehe Anlage D.

- (2) Der Kunde übermittelt elektronisch den Datensatz zur Einziehung der SEPA-Basislastschrift unter Beachtung der vereinbarten Einreichungsfristen an die Bank. Die Lastschrift ist gemäß Anlage C zu kennzeichnen. Der Zahlungsdienstleister des Zahlers (Zahlstelle) ist berechtigt, die Lastschrift nach der Kennzeichnung zu bearbeiten.
- (3) Fällt der im Datensatz vom Kunden angegebene Fälligkeitstag auf keinen TARGET2-Geschäftstag⁵, ist die Bank berechtigt, den folgenden TARGET2-Geschäftstag als Fälligkeitstag im Lastschriftsatz anzugeben.
- (4) Reicht der Kunde zu einem SEPA-Lastschriftmandat in einem Zeitraum von 36 Monaten (gerechnet vom Fälligkeitstermin der zuletzt vorgelegten SEPA-Basislastschrift) keine SEPA-Basislastschrift ein, hat er Lastschrifteinzüge auf Basis dieses Mandats zu unterlassen und ist verpflichtet, ein neues SEPA-Lastschriftmandat einzuholen, wenn er zukünftig SEPA-Basislastschriften vom dem Zahler einziehen möchte. Die Bank ist nicht verpflichtet, die Einhaltung der Maßnahmen in Satz 1 zu prüfen.
- (5) Die Bank wird die rechtzeitig und ordnungsgemäß eingereichte SEPA-Basislastschrift so an den Zahlungsdienstleister des Zahlers übermitteln, dass die Verrechnung an dem im Lastschriftsatz enthaltenen Fälligkeitstag ermöglicht wird.

2.7 Ausführung des Zahlungsvorgangs und Rücklastschriften

- (1) Der Zahlungsdienstleister des Zahlers leitet den von ihm dem Konto des Zahlers aufgrund der SEPA-Basislastschrift belasteten Lastschriftbetrag der Bank zu.
- (2) Bei einer von dem Zahlungsdienstleister des Zahlers nicht eingelösten oder wegen des Erstattungsverlangens des Zahlers zurückgegebenen Lastschrift macht die Bank die Vorbelastungsgutschrift beziehungsweise Gutschrift rückgängig. Dies geschieht unabhängig davon, ob in der Zwischenzeit ein Rechnungsabschluss erteilt wurde.

3 SEPA-Firmenlastschrift

3.1 Wesentliche Merkmale des SEPA-Firmenlastschriftverfahrens

Das SEPA-Firmenlastschriftverfahren richtet sich nach dem „SEPA Business to Business Direct Debit Scheme Rulebook“ des European Payments Council. Das SEPA-Firmenlastschriftverfahren kann nur von Zahlern genutzt werden, die keine Verbraucher sind.

Mit dem SEPA-Firmenlastschriftverfahren kann ein Zahler über seinen Zahlungsdienstleister an den Zahlungsempfänger Zahlungen in Euro innerhalb des Gebiets des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums („Single Euro Payments Area“, SEPA)⁶ bewirken.

Für die Ausführung von Zahlungen mittels SEPA-Firmenlastschrift

- müssen der Zahlungsempfänger und dessen Zahlungsdienstleister das SEPA-Firmenlastschriftverfahren nutzen,
- muss der Zahler vor dem Zahlungsvorgang dem Zahlungsempfänger das SEPA-Firmenlastschrift-Mandat erteilen und
- muss der Zahler seinem Zahlungsdienstleister die Erteilung des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats bestätigen.

Der Kunde als Zahlungsempfänger löst den jeweiligen Zahlungsvorgang aus, indem er über die Bank dem Zahlungsdienstleister des Zahlers die Lastschriften vorlegt.

Der Zahler kann bei einer autorisierten Zahlung aufgrund einer SEPA-Firmenlastschrift von seinem Zahlungsdienstleister keine Erstattung des seinem Konto belasteten Lastschriftbetrages verlangen.

3.2 Kundenkennungen

Für das Verfahren hat der Kunde

- die ihm von der Bank erteilte IBAN – und bei grenzüberschreitenden Lastschrifteinzügen in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums⁷ zusätzlich den BIC – als seine Kundenkennung sowie
- die ihm vom Zahler mitgeteilte IBAN – und bei grenzüberschreitenden Lastschrifteinzügen in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums⁸ zusätzlich den BIC des Zahlungsdienstleisters des Zahlers – als die Kundenkennung des Zahlers zu verwenden.

Die Bank ist berechtigt, den Einzug der Lastschriften ausschließlich auf Grundlage der ihr übermittelten Kundenkennungen durchzuführen.

3.3 Übermittlung von Lastschriftdaten

Bei SEPA-Firmenlastschriften können die Lastschriftdaten auch über das Nachrichtenübermittlungssystem der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) mit Sitz in Belgien und Rechenzentren in der Europäischen Union, in der Schweiz und in den USA weitergeleitet werden.

3.4 SEPA-Firmenlastschrift-Mandat

3.4.1 Erteilung des SEPA-Firmenlastschrift-Mandats (SEPA Business-to-Business Direct Debit Mandate)

Der Kunde muss vor Einreichung von SEPA-Firmenlastschriften vom Zahler ein SEPA-Firmenlastschrift-Mandat einholen. In dem SEPA-Firmenlastschrift-Mandat müssen die folgenden Erklärungen des Zahlers enthalten sein:

- Ermächtigung des Kunden, Zahlungen vom Konto des Zahlers mittels SEPA-Firmenlastschrift einzuziehen, und
- Weisung des Zahlers an seinen Zahlungsdienstleister, die vom Kunden auf das Konto des Zahlers gezogenen SEPA-Firmenlastschriften einzulösen.

Der Kunde muss hierzu den als Anlage B.2 beigefügten Text oder einen inhaltsgleichen Text in einer Amtssprache der in Anlage D genannten Staaten und Gebiete gemäß den Vorgaben des European Payments Council (siehe: www.europeanpaymentscouncil.eu) verwenden.

Zusätzlich müssen folgende Angaben im Mandat enthalten sein:

- Name des Kunden, seine Adresse und seine Gläubiger-Identifikationsnummer (diese wird für in Deutschland ansässige Kunden von der Deutschen Bundesbank vergeben, siehe <http://gläubiger-id.bundesbank.de>),
- Angabe, ob das Mandat für wiederkehrende Zahlungen oder eine einmalige Zahlung gegeben wird,
- Name des Zahlers,
- Kundenkennung des Zahlers (siehe Nummer 3.2),
- Zeichnung durch den Zahler sowie
- Datum der Zeichnung durch den Zahler.

Die vom Kunden individuell vergebene Mandatsreferenz

- bezeichnet in Verbindung mit der Gläubiger-Identifikationsnummer das jeweilige Mandat eindeutig,
- ist bis zu 35 alphanumerische Stellen lang und
- kann bereits im Mandat enthalten sein oder muss dem Zahler nachträglich bekannt gegeben werden.

Über die genannten Daten hinaus kann das SEPA-Firmenlastschrift-Mandat zusätzliche Angaben enthalten.

3.4.2 Aufbewahrungspflichten

Der Kunde ist verpflichtet, das vom Zahler erteilte SEPA-Firmenlastschrift-Mandat – einschließlich Änderungen – in der gesetzlich vorgegebenen Form aufzubewahren. Nach Erlöschen des Mandats ist dieses noch für einen Zeitraum von mindestens 14 Monaten, gerechnet vom Einreichungsdatum der letzten eingezogenen Lastschrift, aufzubewahren.

3.5 Ankündigung des SEPA-Firmenlastschrift-Einzugs

Der Kunde hat dem Zahler spätestens 14 Kalendertage vor der Fälligkeit der SEPA-Firmenlastschrift-Zahlung den SEPA-Firmenlastschrift-Einzug anzukündigen (z. B. durch Rechnungsstellung); Kunde und Zahler können auch eine andere Frist vereinbaren. Bei wiederkehrenden Lastschriften mit gleichen Lastschriftbeträgen genügt eine einmalige Unterrichtung des Zahlers vor dem ersten Lastschrifteinzug und die Angabe der Fälligkeitstermine.

3.6 Einreichung der SEPA-Firmenlastschrift

- (1) Das vom Zahler erteilte SEPA-Firmenlastschrift-Mandat verbleibt beim Kunden. Dieser übernimmt die Autorisierungsdaten und etwaige zusätzliche Angaben in den Datensatz zur Einziehung von SEPA-Firmenlastschriften. Der jeweilige Lastschriftbetrag und der Fälligkeitstag der Lastschriftzahlung werden vom Kunden angegeben. Wird die SEPA-Firmenlastschrift auf ein Konto des Zahlers außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums⁹ gezogen, ist im Datensatz zusätzlich die Anschrift des Zahlers anzugeben.

⁵TARGET2 steht für Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System. TARGET2 ist täglich außer samstags, sonntags, an Neujahr, am Karfreitag und Ostermontag, am 1. Mai sowie am 25. und 26. Dezember geöffnet.

⁶Liste der zu SEPA gehörenden Staaten und Gebiete siehe Anlage D.

⁷Liste der zum Europäischen Wirtschaftsraum gehörenden Staaten und Gebiete siehe Anlage D.

⁸Liste der zum Europäischen Wirtschaftsraum gehörenden Staaten und Gebiete siehe Anlage D.

⁹Liste der zum Europäischen Wirtschaftsraum gehörenden Staaten und Gebiete siehe Anlage D.

- (2) Der Kunde übermittelt elektronisch den Datensatz zur Einziehung der SEPA-Firmenlastschrift unter Beachtung der vereinbarten Einreichungsfristen an die Bank. Die Lastschrift ist gemäß Anlage C zu kennzeichnen. Der Zahlungsdienstleister des Zahlers (Zahlstelle) ist berechtigt, die Lastschrift nach der Kennzeichnung zu bearbeiten.
- (3) Fällt der im Datensatz vom Kunden angegebene Fälligkeitstag auf keinen TARGET2-Geschäftstag¹⁰, ist die Bank berechtigt, den folgenden TARGET2-Geschäftstag als Fälligkeitstag im Lastschriftsatz anzugeben.
- (4) Reicht der Kunde zu einem SEPA-Firmenlastschrift-Mandat in einem Zeitraum von 36 Monaten (gerechnet vom Fälligkeitstermin der zuletzt vorgelegten SEPA-Firmenlastschrift) keine SEPA-Firmenlastschrift ein, hat er Lastschrifteinzüge auf Basis dieses Mandats zu unterlassen und ist verpflichtet, ein neues SEPA-Firmenlastschrift-Mandat einzuholen, wenn er zukünftig SEPA-Firmenlastschriften von dem Zahler einziehen möchte. Die Bank ist nicht verpflichtet, die Einhaltung der Maßnahmen in Satz 1 zu prüfen.
- (5) Die Bank wird die rechtzeitig und ordnungsgemäß eingereichte SEPA-Firmenlastschrift so an den Zahlungsdienstleister des Zahlers übermitteln, dass die Verrechnung an dem im Lastschriftsatz enthaltenen Fälligkeitstag ermöglicht wird.

3.7 Ausführung des Zahlungsvorgangs und Rücklastschriften

- (1) Der Zahlungsdienstleister des Zahlers leitet den von ihm dem Konto des Zahlers aufgrund der SEPA-Firmenlastschrift belasteten Lastschriftbetrag der Bank zu.
- (2) Bei einer von dem Zahlungsdienstleister des Zahlers nicht eingelösten Lastschrift macht die Bank die Vorbehaltsgutschrift rückgängig. Dies geschieht unabhängig davon, ob in der Zwischenzeit ein Rechnungsabschluss erteilt wurde.

Anlage A Einreichungsfristen

SEPA-Basislastschrift	
SEPA-Firmenlastschrift	

Die Geschäftstage sind im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ bestimmt.

Anlage B.1* Text für das SEPA-Lastschriftmandat an den Zahlungsempfänger

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige/Wir ermächtigen [Name des Zahlungsempfängers], Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich meinen/weisen wir unseren Zahlungsdienstleister an, die von [Name des Zahlungsempfängers] auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Zahlungsdienstleister vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsdienstleister des Zahlers (Name und BIC¹¹)

IBAN: __ | ____ | ____ | ____ | ____ | __

.....
Ort, Datum, Unterschrift(en) der/des Zahler(s)

¹⁰Siehe Fußnote 5.

*Gemäß Nummer 2.4.1 der „Bedingungen für den Lastschrifteinzug“ ist der Text des SEPA-Lastschrift-Mandats verbindlich.

¹¹Die Angabe kann bei Zahlungen innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) entfallen.

Text für das SEPA-Firmenlastschrift-Mandat an den Zahlungsempfänger

Ort, Datum, Unterschrift(en) der/des Zahler(s)

¹²Die Angabe kann bei Zahlungen innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) entfallen.

1. Kennzeichnung der jeweiligen Lastschriftverfahren im Datensatz

Verfahren	Kennzeichnung des Datensatzes	
SEPA-Basislastschrift	„CORE“ im Element „Code“ der Elementgruppe „Local instrument“	
SEPA-Firmenlastschrift	„B2B“ im Element „Code“ der Elementgruppe „Local instrument“	

Sofern ein Lastschriftmandat für eine SEPA-Basis-Lastschrift („Local Instrument“ enthält „CORE“) am POS (Point Of Sale/Kartenterminal) aus Bankkartendaten generiert wird und soweit der Name des Zahlers nicht verfügbar ist, können zur Identifizierung des Zahlers anstelle des Namens auch Daten der Karte wie folgt angegeben werden: Konstante/CDGM (Card Data Generated Mandate), gefolgt von /Kartenummer, /Kartenfolgenummer und /Verfalldatum der Karte (vierstellig im Format JJMM). Soweit die Kartenummer nicht verfügbar ist, ist die PAN zu verwenden. Um eine gleiche Feldlänge Kartenummer/PAN zu bewirken, ist die Kartenummer linksbündig mit Nullen auf 19 Stellen aufzufüllen.

Älandinseln, Albanien, Andorra, Gibraltar, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Guernsey, Jersey, Insel Man, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, San Marino, St. Barthélemy, St. Martin (französischer Teil), St. Pierre und Miquelon, Schweiz, Vatikanstadt



Further details of the Bank are contained in the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*)

The following translation is provided for your convenience only. The original German text "Bedingungen für den Lastschriftinzug" is binding in all respects. In the event of any divergence between the English and the German texts, constructions, meanings or interpretations, those of the German original shall govern exclusively.

Terms and Conditions for Direct Debit Collection

The collection of claims by the customer, as the payee, by direct debit shall be subject to the following terms and conditions.

1 General

1.1 Definition

A direct debit is a payment transaction initiated by the customer, as the payee, and debited to the payer's account with their payment service provider where the amount of the payment is specified by the customer.

1.2 Presentation periods

Direct debit collection orders must be presented by the customer to the Bank within the periods specified in Annex A.

1.3 Charges and changes therein

1.3.1. Agreement on charges

Unless otherwise agreed, the charges for the collection of direct debits shall be set out in the Direct Debit Collection Agreement (*Lastschrift-inkassovereinbarung*).

1.3.2. Changes in charges for consumers

Any changes in the charges shall be offered to a customer who is a consumer in text form no later than two months before their proposed date of entry into force. If the customer has agreed an electronic communication channel with the Bank within the framework of the business relationship, the changes may also be offered through this channel. The changes offered by the Bank shall only become effective if the customer accepts them. Any agreement on amending a charge that concerns a payment by the consumer in excess of the charge for the principal service can only be expressly concluded with the consumer by the Bank.

Changes in charges for the payment services framework contract (current account agreement) shall be governed by No. 12, paragraph 5 of the General Business Conditions (*Allgemeine Geschäftsbedingungen*).

1.3.3. Changes in charges for customers who are not consumers

Changes in the charges for customers who are not consumers shall continue to be governed by No. 12, paragraphs 2 to 6 of the General Business Conditions.

1.3.4. Deduction of charges from the amount credited in the direct debit

The Bank may deduct the charges to which it is entitled from the direct debit amount that is credited.

1.4 Notification

The Bank shall notify the customer at least once a month about the execution of direct debit collection orders and returned direct debit through the agreed account information channel. If customers are not consumers, the manner and frequency of such notification may be agreed separately with them. In their case, the notification for direct debit amounts which are credited collectively shall only show the total amount and not the individual payment transactions.

1.5 Customer's entitlement to a refund and compensation

1.5.1. Customer's notification duty

The customer shall notify the Bank without delay upon detecting any incorrectly executed direct debit collections.

1.5.2. Entitlement in the case of non-execution or incorrect execution of a direct debit collection order by the Bank and in the case of delayed receipt of the direct debit amount

- (1) In the case of non-execution or incorrect execution of a direct debit collection order by the Bank, the customer may request the Bank to send it – again, if necessary – without delay to the payer's payment service provider.
- (2) Over and above the entitlement under paragraph 1, the customer may request the Bank to refund any charges and interest it levied on them or debited to the customer's account in connection with the non-execution or incorrect execution of a direct debit collection order.
- (3) If the direct debit amount merely reached the Bank with a delay, the customer may request the Bank under Section 675y, paragraph 4 of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) to credit the direct debit amount to the customer's account as if the payment transaction had been duly executed.

1.5.3. Compensation

- (1) If a direct debit collection order is not executed, not executed correctly or executed with a delay, the customer may request the Bank to provide compensation for any loss or damage incurred as a result. This shall not apply if the Bank is not responsible for the neglect of duty. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
- (2) If the customer is not a consumer, the Bank's liability for any loss or damage shall be limited to the amount of the direct debit. Where consequential loss or damage is involved, liability shall, in addition, be limited to a maximum of EUR 12,500 per direct debit. These limitations on liability shall not apply to deliberate intent or gross negligence by the Bank or to risks which the Bank has assumed on an exceptional basis.

1.5.4. Preclusion of liability and objection

Any claims by the customer under Section 1.5.2 and any objections by the customer against the Bank as a result of non-execution or incorrect execution of collection orders shall be precluded if the customer fails to inform the Bank thereof within a period of 13 months at the latest after being debited for an incorrectly executed collection transaction. This period shall start to run only once the Bank has informed the customer about the transaction through the agreed account information channel no later than one month after the debit entry was made; otherwise the date on which the customer is informed shall determine when the period commences.

1.6 Other special arrangements with customers who are not consumers

- (1) Where customers are not consumers, Section 675d, paragraph 1, sentence 1, paragraphs 3 to 5 (duties to provide information) and Section 675f, paragraph 5, sentence 2 (fees and expenses for performing ancillary duties) of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) shall not apply.
- (2) The minimum period of notice of two months specified in No. 19, paragraph 1, sentence 3 of the General Business Conditions (*Allgemeine Geschäftsbedingungen*) shall not apply to the Direct Debit Collection Agreement with customers who are not consumers.

1.7 Making available copies of the direct debit mandates

On request, the customer shall make available to the Bank within seven business days copies of the collection authorisation (*Einzugsermächtigung*), SEPA core direct debit mandate or SEPA business-to-business (B2B) direct debit mandate and, if necessary, further details of the direct debits presented.

2 SEPA core direct debit

2.1 Main characteristics of the SEPA core direct debit scheme

The SEPA core direct debit scheme is governed by the SEPA Core Direct Debit Scheme Rulebook issued by the European Payments Council.

The SEPA core direct debit scheme enables a payer to make payments in euros to the payee through their payment service provider within the Single Euro Payments Area (SEPA)¹.

For the execution of payments by SEPA core direct debit, the payer must give the SEPA direct debit mandate (see Section 2.4.) to the payee before the payment transaction.

The customer, as the payee, initiates the respective payment transaction by presenting the direct debits to the payer's payment service provider through the Bank.

For authorised SEPA core direct debit payments, the payer shall be entitled to claim a no-questions-asked refund of the amount debited from their payment service provider. Such claim must be made within eight weeks starting from the date on which the payer's account was debited. This shall result in cancellation of the credit entry in the account of the customer as the payee.

2.2 Unique identifiers

The customer must use

- the IBAN issued to them by the Bank, plus for cross-border direct debit collections in countries outside the European Economic Area (EEA)² the BIC of the Bank, as their unique identifier and
- the IBAN notified to them by the payer, plus for cross-border direct debit collections in countries outside the European Economic Area (EEA)³ the BIC of the payer's payment service provider, as the unique identifier of the payer.

The Bank is entitled to collect the direct debits solely on the basis of the unique identifiers provided to it.

2.3 Transmission of direct debit data

When SEPA core direct debits are used, the direct debit data may also be forwarded by the Bank to the payer's payment service provider through the message transmission system of the Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications (SWIFT), which is based in Belgium and has operating centres in the European Union, Switzerland and the United States.

2.4 SEPA direct debit mandate

2.4.1. Giving the SEPA direct debit mandate

The customer must obtain a SEPA direct debit mandate from the payer before presenting SEPA core direct debits. The SEPA direct debit mandate must contain the following statements by the payer:

- a statement authorising the customer to collect payments from the payer's account by SEPA core direct debit and
- a statement instructing the payer's payment service provider to pay the SEPA core direct debits drawn by the customer on the payer's account.

For this purpose, the customer must use the text attached as Annex B.1 or an identical text in an official language of the countries and territories listed in Annex D in accordance with the rules laid down by the European Payments Council (see www.europeanpaymentscouncil.eu).

The mandate must, in addition, include the following details:

- name and address of the customer and the customer's creditor identifier (where customers are resident in Germany, this is assigned by the Deutsche Bundesbank; see <http://gläubiger-id.bundesbank.de>)
- indication of whether the mandate is for a one-off payment or recurrent payments or
- name of the payer or identification pursuant to Annex C.2
- unique identifier of the payer (see Section 2.2)
- signature by the payer and
- date of signature by the payer.

The mandate reference assigned individually by the customer

- shall, in conjunction with the creditor identifier, uniquely identify each mandate
- shall be up to 35 alphanumeric digits long and
- may form part of the mandate or must be subsequently notified to the payer.

The SEPA direct debit mandate may contain additional details supplementing the aforementioned data.

2.4.2. Einzugsermächtigung as a SEPA direct debit mandate

- (1) The customer may use an Einzugsermächtigung issued before 1 February 2014 as a SEPA direct debit mandate. For this purpose, the following conditions must be fulfilled:
 - the payer has given the customer, as the payee, an Einzugsermächtigung in writing, authorising the payee to collect payments from their account by direct debit.
 - the payer and their payment service provider have agreed that
 - the payer, by giving an *Einzugsermächtigung*, instructs their payment service provider at the same time to pay the direct debits drawn by the payee on their account and
 - this Einzugsermächtigung may be used as a SEPA direct debit mandate.
- (2) The Einzugsermächtigung must contain the following authorisation data:
 - identification of the payee
 - identification of the payer
 - unique identifier under Section 2.2 or account number and bank code of the payerThe Einzugsermächtigung may contain additional details supplementing the authorisation data.
- (3) Before the first SEPA core direct debit is collected, the customer must notify the payer of the changeover from collection by direct debit based on an Einzugsermächtigung (Einzugsermächtigungslastschrift) to collection by SEPA core direct debit, indicating the creditor identifier and the mandate reference in text form. Where requested by the Bank, the customer must duly demonstrate that it notified the payer as required in sentence 1.
- (4) The first SEPA core direct debit that is issued after the changeover from the direct debit based on collection authorisation shall be tagged as a first direct debit. The date of signature by the payer indicated in the data set for the direct debits presented shall be the date of notification of the payer as specified in paragraph 3.

2.4.3. Record-keeping requirement

The customer shall be obligated to retain the SEPA direct debit mandate given by the payer – including any changes – in the legally required form. Once the mandate expires, it must be retained for a period of not less than 14 months calculated from the date of presentation of the last direct debit collected.

2.4.4. Revocation of the SEPA direct debit mandate by the payer

If a payer revokes a SEPA direct debit mandate vis-à-vis the customer, the customer may not collect any further SEPA core direct debits on the basis of this SEPA direct debit mandate.

If a SEPA core direct debit is returned to the customer for the following reason: "No mandate/unauthorised transaction", the payer's payment service provider thereby informs the customer that the payer has revoked the SEPA direct debit mandate given to the customer. The customer may then not collect any further SEPA core direct debits on the basis of this SEPA direct debit mandate.

2.5 Notification of SEPA core direct debit collection

The customer must notify the payer of SEPA core direct debit collection no later than 14 calendar days before the due date of the first SEPA core direct debit payment (e.g. by issuing an invoice); the customer and the payer may also agree a different notification period. For recurrent direct debits for the same amounts, it shall be sufficient to notify the payer once before the first direct debit collection and to indicate the dates when payments are due.

2.6 Presentation of the SEPA core direct debit

- (1) The SEPA direct debit mandate given by the payer shall remain with the customer as the payee. The customer shall take over the authorisation data and enter any additional details in the data set for collection of SEPA core direct debits. The respective direct debit amount and the date on which the direct debit payment is due shall be specified by the customer. If the SEPA

¹For a list of the SEPA countries and territories, see Annex D.

²For a list of the EEA countries and territories, see Annex D.

³For a list of the EEA countries and territories, see Annex D.

core direct debit is drawn on an account held by the payer outside the European Economic Area (EEA)⁴, the payer's address should be additionally indicated in the data set.

- (2) The customer shall send the data set for collection of the SEPA core direct debit to the Bank electronically in compliance with the agreed presentation periods. The direct debit must be tagged in accordance with Annex C. The payer's payment service provider (payer bank) shall be entitled to process the direct debit according to how it is tagged.
- (3) If the due date specified by the customer in the data record is not a TARGET2 business day⁵, the Bank shall be entitled to specify the following TARGET2 business day as the due date in the direct debit data set.
- (4) If the customer does not present any SEPA core direct debit under a SEPA direct debit mandate within a period of 36 months (calculated from the due date of the last SEPA core direct debit presented), they must cease collecting direct debits under this mandate and shall be obligated to obtain a new SEPA direct debit mandate if they wish to collect SEPA core direct debits from the payer thereafter. The Bank shall not be obligated to verify compliance with the measures referred to in sentence 1.
- (5) The Bank shall send the SEPA core direct debit, if presented punctually and properly, to the payer's payment service provider so that the payment can be debited on the due date contained in the direct debit data set.

2.7 Execution of the payment transaction and returned direct debits

- (1) The payer's payment service provider remits the amount debited by it to the payer's account on the basis of the SEPA core direct debit to the Bank.
- (2) If a direct debit is not paid by the payer's payment service provider or is returned because a refund is claimed by the payer, the Bank shall cancel the conditional credit entry or credit entry. It shall do so irrespective of whether a periodic balance statement has been issued in the meantime.

3 SEPA business-to-business (B2B) direct debit

3.1 Main characteristics of the SEPA B2B direct debit scheme

The SEPA B2B direct debit scheme is governed by the SEPA B2B Direct Debit Scheme Rulebook issued by the European Payments Council. The SEPA B2B direct debit scheme may only be used by payers who are not consumers.

The SEPA B2B direct debit scheme enables a payer to make payments in euros to the payee through their payment service provider within the Single Euro Payments Area (SEPA)⁶.

For the execution of payments by SEPA B2B direct debit

- the payee and the payee's payment service provider must use the SEPA B2B direct debit scheme and
- the payer must give the SEPA B2B direct debit mandate to the payee before the payment transaction and
- the payer must confirm to the payer's payment service provider that the SEPA B2B direct debit mandate has been given.

The customer, as the payee, initiates the respective payment transaction by presenting the direct debits to the payer's payment service provider through the Bank.

For authorised SEPA B2B direct debit payments, the payer shall not be entitled to claim a refund of the amount debited to their account from their payment service provider.

3.2 Unique identifiers

The customer must use

- the IBAN issued to them by the Bank, plus for cross-border direct debit collections in countries outside the European Economic Area (EEA)⁷ the BIC of the Bank, as their unique identifier and
- the IBAN notified to them by the payer, plus for cross-border direct debit collections in countries outside the European Economic Area (EEA)⁸ the BIC of the payer's payment service provider, as the unique identifier of the payer.

The Bank is entitled to collect the direct debits solely on the basis of the unique identifiers provided to it.

3.3 Transmission of direct debit data

When SEPA B2B direct debits are used, the direct debit data may also be forwarded by the Bank to the payer's payment service provider through the message transmission system of the Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications (SWIFT), which is based in Belgium and has operating centres in the European Union, Switzerland and the United States.

3.4 SEPA B2B direct debit mandate

3.4.1. Giving the SEPA B2B direct debit mandate

The customer must obtain a SEPA B2B direct debit mandate from the payer before presenting SEPA B2B direct debits. The SEPA B2B direct debit mandate must contain the following statements by the payer:

- a statement authorising the customer to collect payments from the payer's account by SEPA B2B direct debit and
- a statement instructing the payer's payment service provider to pay SEPA B2B direct debits drawn by the customer on the payer's account.

For this purpose, the customer must use the text attached as Annex B.2 or an identical text in an official language of the countries and territories listed in Annex D in accordance with the rules laid down by the European Payments Council (see www.europeanpaymentscouncil.eu).

The mandate must, in addition, include the following details:

- name and address of the customer and the customer's creditor identifier (where customers are resident in Germany, this is assigned by the Deutsche Bundesbank; see <http://gläubiger-id.bundesbank.de>)
- indication whether the mandate is for a one-off payment or recurrent payments
- name of the payer
- unique identifier of the payer (see Section 3.2)
- signature by the payer and
- date of signature by the payer.

The mandate reference assigned individually by the customer

- shall, in conjunction with the payee identifier, clearly identify each mandate
- shall be up to 35 alphanumeric digits long and
- may form part of the mandate or must be subsequently notified to the payer.

The SEPA B2B direct debit mandate may contain additional details supplementing the aforementioned data.

3.4.2. Record-keeping requirement

The customer shall be obligated to retain the SEPA B2B direct debit mandate – including any changes – given by the payer in the legally required form. Once the mandate expires, it must be retained for a period of not less than 14 months calculated from the date of presentation of the last direct debit collected.

3.5 Notification of SEPA B2B direct debit collection

The customer must notify the payer of SEPA B2B direct debit collection no later than 14 calendar days before the due date of the first SEPA B2B direct debit payment (e.g. by issuing an invoice); the customer and the payer may also agree a different notification period. For recurrent direct debits for the same amounts, it shall be sufficient to notify the payer once before the first direct debit collection and to indicate the dates when payments are due.

3.6 Presentation of the SEPA B2B direct debit

- (1) The SEPA B2B direct debit mandate given by the payer shall remain with the customer. The customer shall take over the authorisation data and enter any additional details in the data set for collection of SEPA B2B direct debits. The respective direct debit amount and the date on which the direct debit payment is due shall be specified by the customer. If the SEPA B2B direct debit is drawn on an account held by the payer outside the European Economic Area (EEA)⁹, the payer's address should be additionally indicated in the data set.
- (2) The customer shall send the data set for collection of the SEPA B2B direct debit to the Bank electronically in compliance with the agreed presentation periods. The direct debit must be tagged in accordance with Annex C. The payer's payment service provider (payer bank) shall be entitled to process the direct debit according to how it is tagged.

⁴For a list of the EEA countries and territories, see Annex D.

⁵TARGET2 stands for Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System. TARGET2 is open every day except Saturday, Sunday, New Year, Good Friday, Easter Monday, 1 May and 25 and 26 December.

⁶For a list of the SEPA countries and territories, see Annex D.

⁷For a list of the EEA countries and territories, see Annex D.

⁸For a list of the EEA countries and territories, see Annex D.

⁹For a list of the EEA countries and territories, see Annex D.

- (3) If the due date specified by the customer in the data set is not a TARGET2 business day, the Bank shall be entitled to specify the following TARGET2 business day¹⁰ as the due date in the direct debit data set.
- (4) If the customer does not present any SEPA B2B direct debit under a SEPA B2B direct debit mandate within a period of 36 months (calculated from the due date of the last SEPA B2B direct debit presented), they must cease collecting direct debits under this mandate and shall be obligated to obtain a new SEPA B2B direct debit mandate if they wish to collect SEPA B2B direct debits from the payer thereafter. The Bank shall not be obligated to verify compliance with the measures referred to in sentence 1.
- (5) The Bank shall send the SEPA B2B direct debit, if presented punctually and properly, to the payer's payment service provider so that the payment can be debited on the due date contained in the direct debit data record.

3.7 Execution of the payment transaction and returned direct debits

- (1) The payer's payment service provider remits the amount debited by it to the payer's account on the basis of the SEPA B2B direct debit to the Bank.
- (2) If a direct debit is not paid by the payer's payment service provider, the Bank shall cancel the conditional credit entry. It shall do so irrespective of whether a periodic balance statement has been issued in the meantime.

Annex A

Presentation periods

SEPA core direct debit	
SEPA business-to-business direct debit	

Banking business days are set out in the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*)

The SEPA mandates are set out in German and English. They are based on the texts as specified in the SEPA Direct Debit Scheme Rulebook issued by the European Payments Council (EPC).

Annex B.1*

Text of the SEPA direct debit mandate to the payee

SEPA-Lastschriftmandat Ich ermächtige/Wir ermächtigen [Name des Zahlungsempfängers], Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich meinen/weisen wir unseren Zahlungsdienstleister an, die von [Name des Zahlungsempfängers] auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Zahlungsdienstleister vereinbarten Bedingungen. _____ ____ Zahlungsdienstleister des Zahlers (Name und BIC¹¹) IBAN: __ ____ ____ ____ ____ __ Ort, Datum, Unterschrift(en) des/der Zahler(s)	SEPA direct debit mandate By signing this mandate form, you authorise (A) [name of payee] to send instructions to your payment service provider to debit your account and (B) your payment service provider to debit your account in accordance with the instructions from [name of payee]. As part of your rights, you are entitled to a refund from your payment service provider under the terms and conditions of your agreement with your payment service provider. A refund must be claimed with 8 weeks starting from the date on which your account was debited. _____ ____ Payer's payment service provider (name and BIC¹¹) IBAN: __ ____ ____ ____ ____ __ Place, date, signature(s) of payer(s)
---	---

*Pursuant to Section 2.4.1 of the "Terms and Conditions for Direct Debit Collection", the text of the SEPA direct debit mandate is binding.

¹¹May be omitted for payments within the European Economic Area (EEA).

Annex B.2**

Text of the SEPA business-to-business (B2B) direct debit mandate to the payee

SEPA-Firmenlastschriftmandat Ich ermächtige/Wir ermächtigen [Name des Zahlungsempfängers], Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich meinen/weisen wir unseren Zahlungsdienstleister an, die von [Name des Zahlungsempfängers] auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Dieses Lastschriftmandat dient nur dem Einzug von Lastschriften, die auf Konten von Unternehmen gezogen sind. Ich bin/Wir sind nicht berechtigt, nach der erfolgten Einlösung eine Erstattung des belasteten Betrages zu verlangen. Ich bin/Wir sind berechtigt, meinen/unseren Zahlungsdienstleister bis zum Fälligkeitstag anzuweisen, Lastschriften nicht einzulösen. _____ ____ Zahlungsdienstleister des Zahlers (Name und BIC¹²) IBAN: __ ____ ____ ____ ____ __ Ort, Datum, Unterschrift(en) des/der Zahler(s)	SEPA B2B direct debit mandate By signing this mandate form, you authorise (A) [name of payee] to send instructions to your payment service provider to debit your account and (B) your payment service provider to debit your account in accordance with the instructions from [name of payee]. This mandate is only intended for business-to-business transactions. You are not entitled to a refund from your payment service provider after your account has been debited, but you are entitled to request your payment service provider not to debit your account up until the day on which the payment is due. _____ ____ Payer's payment service provider (name and BIC¹²) IBAN: __ ____ ____ ____ ____ __ Place, date, signature(s) of payer(s)
--	---

** Pursuant to Section 3.4.1 of the "Terms and Conditions for Direct Debit Collection", the text of the SEPA B2B direct debit mandate is binding.

¹²May be omitted for payments within the European Economic Area (EEA).

Annex C

1 Tagging of the different direct debit schemes in the data set

Scheme	Data set tag	
SEPA core direct debit	"CORE" in "Code" element of "Local instrument" element group	
SEPA business-to-business (B2B) direct debit	"B2B" in "Code" element of "Local instrument" element group	

2 Name of the payer pursuant to Section 2.4.1, paragraph 3, third indent

If a direct debit mandate for a SEPA core direct debit ("Local instrument" contains "CORE") is generated from bank card data at a point of sale (card terminal) and if the name of the payer is not available, the payer may be identified by indicating card data instead of the name as follows: constant/CDGM (card data generated mandate), followed by card number, card sequence number and expiry date (four-digit in YYMM format). If the card number is not available, the PAN should be used. To obtain an identical card number/PAN field length, the card number should be padded with zeros from the left to make it 19 digits long.

Annex D

Single Euro Payments Area, SEPA

Countries belonging to the European Economic Area (EEA)

Member states of the European Union

Austria, Belgium, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Czech Republic, Denmark, Estonia, Finland, France (including French Guiana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Réunion), Germany, Greece, Hungary, Ireland, Italy, Latvia, Lithuania, Luxembourg, Malta, Netherlands, Poland, Portugal, Romania, Slovak Republic, Slovenia, Spain, Sweden.

Further countries

Iceland, Liechtenstein, Norway.

Other countries and territories

Åland Islands, Andorra, Albania, Gibraltar, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Moldova, Monaco, Montenegro, North Macedonia. Saint-Pierre-et-Miquelon, San Marino, Switzerland, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Vatican City State.